

Dresdener Volkszeitung

Postfachkonto: Selbstg.
Raben & Comp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Stamtkonto:
Gebr. Arnold, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Frangobahn monatlich 6.00 M., durch die Post bezogen monatlich 18.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8.50 M. Einzelnummer 30 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Schließzeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die dreispaltige Hauptzeile 2.00 M., fünfspaltige 1.50 M., die dreispaltige Kleinanzeige 6.50 Pf. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung, Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeliebten Tagen. Für Briefübertragung 30 Pf.

Nr. 196

Dresden, Mittwoch den 25. August 1920

31. Jahrg.

Mietsteuer und Wohnungsbau

2. Mittel für neue Wohnungen

Soll der Wohnungsbau in großem Umfange wieder in Gang gebracht werden, so müssen ganz gewaltige Summen durch die öffentlichen Körperschaften zur Verfügung gestellt werden. Woher aber sollen diese Mittel genommen werden? Man könnte vielleicht hier einwenden, daß man das Wohnungswesen sozialisieren müsse, da ja die privaten Unternehmer nicht instande seien, die Bevölkerung genügend mit Wohnungen zu versorgen, tatsächlich sind auch heute schon die in den letzten Jahren neu errichteten Wohnungen zum großen Teil sozialisiert. Sie gehören gemeinnützigen Unternehmungen, die auf jedes Profitstreben verzichten und ihren Mitspielern, die zum großen Teil auch in den Häusern der Unternehmungen wohnen, nur eine statutenmäßig beschränkte Vergütung ihrer Einlagen gewähren. Auch in Zukunft wird den gemeinnützigen Unternehmungen der Löwenanteil am Wohnungsbau verbleiben, soweit nicht die Gemeinden selbst Wohnungen errichten. Eine Sozialisierung auch der von früher her vorhandenen Wohnungen ist gewiß wünschenswert, aber wohl kaum von heute auf morgen durchzuführen. Es liegen zwar Vorschläge für die Sozialisierung des Wohnungswesens vor, so von dem badischen Landeswohnungsrat Kampfmeyer, aber praktische Erfahrungen sind noch nicht gesammelt. So viel ist jedenfalls sicher, die völlige Sozialisierung des gesamten Wohnungswesens würde den Aufbau eines großen Beamtenapparates erfordern und durch die dafür nötigen Büroräume würde zu nächst die Menge der zur Verfügung stehenden Wohnungen wieder vermindert werden. Außerdem würden auch durch die Sozialisierung der alten Wohnungen noch keine Mittel für den Bau neuer Wohnungen geschaffen werden.

Deshalb wird schon seit langem gerade in den Kreisen der Wohnungsreferenten die Anschaffung von Mittel für die Zuschüsse, die zum Bau neuer Wohnungen nötig sind, die früher bei billigen Baukosten gebauten Wohnungen besetzt werden sollen, und auf diesem Gedanken beruht der Mietsteuerentwurf des Arbeitsministeriums. Auch die Vertreter der organisierten Mieter haben sich damit einverstanden erklärt, daß zum Zwecke der Errichtung neuer Wohnungen eine solche Mietsteuer erhoben wird. Durch die Mietsteuer soll ein Ausgleich geschaffen werden zwischen den Mietern, die bei neuerrichteten Wohnungen, wenn das Baukapital genügend verzinst werden sollte, erhoben werden müßten und den Mietern für die alten Wohnungen.

Selbstverständlich läßt sich vom sozialdemokratischen Standpunkt gegen die Mietsteuer sehr viel einwenden. Die Mietsteuer berücksichtigt die Leistungsfähigkeit des Einzelnen nur ganz ungenügend und unter normalen Verhältnissen müßte sich die Sozialdemokratie entschieden gegen eine solche Steuer wenden. Aber wie sollen heute die Mittel für den Bau neuer Wohnungen aufgebracht werden? Durch eine Erhöhung der Einkommensteuer? Der zehnprozentige Steuerabzug hat lebhaften Widerspruch hervorgerufen, und die Einkommensteuer für die hohen Einkommen geht heute schon bis zu 50 Proz. Indem wären durch die Belastung der Besitzenden allein die großen Summen, die für den Wohnungsbau gebraucht werden, kaum aufzubringen. Steigt eine indirekte Steuer für die Zwecke des Wohnungsbaues wird erst recht kaum jemand das Wort reden. Aber die Mietsteuer nicht will, muß sagen, wie anders die großen für den Wohnungsbau notwendigen Mittel aufgebracht werden sollen. Gewiß ist die Mietsteuer ein Übel, aber das deutsche Volk ist nun einmal in der unglücklichen Lage, daß es fast immer nur zwischen mehreren Übeln das kleinere zu wählen hat. Das Schlimmste aber wäre es, wenn auch in den nächsten Jahren aus Mangel an Mitteln der Wohnungsbau nicht wieder in Gang gebracht werden könnte. Es geht nicht mehr so weiter wie bisher. Außerdem würde sich, wenn wieder im großen Umfange gebaut würde, die Arbeitslosigkeit stark verringern und große Summen, die heute für die Arbeitslosen ausgegeben und die doch schließlich auch durch Steuern aufgebracht werden müssen, könnten erspart werden. Die gegenwärtige Krise hätte kaum einen so großen Umfang angenommen, wenn das Baugewerbe nicht in den größten Teilen Deutschlands lahmgelegt wäre. Natürlich muß verlangt werden, daß die Mietsteuer möglichst sozial gestaltet wird, sie muß verbunden werden mit einer Wohnungsvergsteuer, die Inhaber übergroßer Wohnungen trifft.

Und ferner muß noch eine andre Bedingung erfüllt werden, wenn das von Steuern schon so arg neplote Volk die neue Steuer auf sich nehmen soll. Es muß dafür gesorgt werden, daß die aus diesen neuen Steuern fließenden Summen nicht dazu dienen, den Baustoffproduzenten die Taschen zu füllen. Wie mit vielen andern Erzeug-

Der Internationale Gewerkschaftsbund für Neutralität

Der Internationale Gewerkschaftsbund, vertreten durch seine Vorsitzenden Appleton, Jouhaux, Mertens und seine Sekretäre Jimmen und Ondegest, wendet sich in einem Aufruf „An die Arbeiter aller Länder“, die er aufordert, ledern Kriege unerwünschten Widerstand entgegenzusetzen. In dem Aufruf heißt es unter anderem:

„Die Internationale der Gewerkschaften verurteilt auf Grund des Prinzips des Selbstbestimmungsrechts der Völker sowohl jedes Eingreifen Fremder in die inneren politischen Angelegenheiten eines Volkes als auch jede den gegenrevolutionären Armeen gewährte Unterstützung. Diesen Grundätzen entsprechend und in Anbetracht der Tatsache, daß die russische Revolution durch Polen angegriffen wurde, ledern der Internationale Gewerkschaftsbund die augenblickliche Beendigung der gegenrevolutionären militärischen Angriffe auf Rußland und fordert für das russische Volk Garantien gegen jeden weiteren Ueberfall. Angesichts der Erklärung der russischen Regierung, die feierlich den Willen ausdrückt, auf der Basis der politischen Unabhängigkeit und des Selbstbestimmungsrechts des polnischen Volkes mit Polen Frieden zu schließen, erklärt der Internationale Gewerkschaftsbund, daß auf dieser Grundlage die brudermörderische Massenmordtätigkeit aufhören muß. Um dieses Ziel zu erreichen, fordert der Internationale Gewerkschaftsbund alle organisierten Arbeiter

auf, Beförderung von Truppen und Munition zu verweigern. Nicht ein Zug mit Munition darf verkehren, nicht ein einziges mit Kriegsmaterial beladenes Schiff den Hafen verlassen, nicht ein einziger Soldat soll weiter befördert werden! Dem Kriege werde keine neue Nahrung zugeführt! In dem Bestreben, die Freiheiten der Arbeiter und die Entwicklung der sozialen Organisationsformen zu schützen, und in der Ueberzeugung, daß nur der Wille der Arbeiter den Kriegen Einhalt zu gebieten vermag, fordert der Internationale Gewerkschaftsbund alle Landeszentralen auf, sich bereit zu halten, um nötigenfalls durch Massendemonstrationen oder durch den Generalstreik ihren Entschluß durchzusetzen. Die gewerkschaftliche Internationale fordert überdies alle Organisationen auf, Maßnahmen zu ergreifen, um in allen Ländern der Erzeugung von Kriegsmaterial ein Ende zu machen, damit endlich die allgemeine Abklärung durchgeführt wird! Die Verweigerung jedweden Transportes für Kriegszwecke ist heute der Ausdruck der internationalen proletarischen Solidarität!“

Dieser von Amsterdam ausgehende Aufruf ist anscheinend schon in Essen vorbereitet worden, wo vor zwei Wochen an der Tagung der deutschen Gewerkschaftsvertreter auch französische, englische und italienische Delegierte teilgenommen haben. Er bedeutet die Internationalisierung der Neutralitätserklärungen, die die deutschen Gewerkschaften abgegeben haben.

An die deutsche Arbeiterschaft

Am 7. August haben die Arbeiterorganisationen die deutsche Arbeiterschaft aufgerufen, zur Sicherung strengster Neutralität und zur Bekämpfung der Kontrorevolutionen alle Waffen- und Munitionstransporte zu kontrollieren. Diese Kontrolle muß nach wie vor auf strengste durchgeführt werden, um so mehr, als jetzt sogar aus Deutschland über Holland Waffen und Munition nach Polen zu transportieren versucht wird.

Die Organisationen haben die unterzeichnete Kommission zur Erledigung der sich hieraus ergebenden Fragen eingesetzt. Die von uns mit der Regierung über die Kontrolle der Transporte geführten Verhandlungen haben ergeben, daß volle Einmütigkeit in dem Willen besteht, alle neutralitätswidrigen und für ungesunde Zwecke (Ordnung, Einwohnerverschutz usw.) bestimmten Transporte zu verhindern. Auf Grund der von dem Entwaffnungskommissar zu erlassenden Bestimmungen werden die Arbeiterorganisationen schleunigst Kontrollinstanzen schaffen, die die Gewerkschaften für den Transport nur zulässiger Sendungen bieten sollen. Bis zu dieser Regelung sind alle verdächtigen Transporte anzuhalten.

Eine Ausnahme bilden alle auf Grund des Friedens-

vertrages erfolgenden Transporte der Entente, die nachweislich für Ententetruppen bestimmt und als solche freilich gemacht sind. Können Zweifel an der Zulässigkeit eines Transportes durch die am Orte zuständigen Behörden nicht behoben werden, so hat die örtliche Kontrollkommission den Beschwerdefall der Reichskommission, z. B. des Generals Graumann, Berlin SO 16, Engländer 15 (Gewerkschaftsbund), zu melden, die für schnellste Erledigung des Falles Sorge zu tragen hat.

- Für den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund: Grafmann.
- Für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Franz Krüger.
- Für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Dr. Kurt Rosenfeld.
- Für den Deutschen Eisenbahnerverband: Brunner.
- Für den Deutschen Transportarbeiterverband: Bender.
- Für den Hauptbetriebsrat der Eisenbahnen: Klüber.

nissen, so ist auch mit den Baustoffen in unerschämtester Weise gewuchert worden und es ist leider nichts genügender gesehen, um diesen Wucher zu bekämpfen. Wir haben zwar Wohnungskommissare, die unter bestimmten Umständen Baustoffe beschlagnahmen können, aber die Befugnisse dieser Wohnungskommissare sind ungenügend. Soll dem Baustoffwucher mit Erfolg gesteuert werden, so ist eine wenigstens teilweise Sozialisierung der Baustoffproduktion notwendig, schon weil sonst der Staat nicht genügend Einblick darin hat, wie hoch die Produktionskosten der Baustoffe sind und nur so leicht von den Produzenten über das Ohr gehauen wird. In Sachsen soll nach einem Beschluß der Volkstammer zunächst eine Hiegelei von einem gemeinnützigen Unternehmen übernommen werden, und dieser Beschluß wird auch ausgeführt werden. Aus den sächsischen Staatswaldungen soll Holz zu ermäßigten Preisen, die freilich immer noch hoch genug sein werden, für den Kleinwohnungsbau zur Verfügung gestellt werden. Beim Zement und Rauf kann aber der sächsische Staat kaum etwas machen, weil innerhalb seines Gebietes keine nennenswerten Produktionsstätten dieser Erzeugnisse vorhanden sind. Hier wäre es Sache des Reiches, in sehr energischer Weise einzugreifen und es muß dringend gefordert werden, daß das auch geschieht. Es wäre geradezu ein Verbrechen am deutschen Volk, wenn man weiter die Baustofflieferanten glänzende Gewinne einheimen ließe, während dem Volk eine, wenn auch unentbehrliche, so doch so drückende Steuer wie die Mietsteuer auferlegt wird.

Kamenew verläßt London

Eigene Drahtmeldung
Paris, 25. August. Zeit Parisis meldet aus London: Kamenew und Krassin, die schon, daß ihre Tage in London weniger sind und daß ihnen ihre Wäffe von einem Augenblick zum

andern ausgehändigt werden können, haben es vorgezogen, so gestern Abend selbst zu verabschieden. Sie haben ihr Vorgehen damit begründet, daß sie erfahren, Lloyd George würde noch gut, welche Bedingungen Rußland für den Frieden mit Polen stelle, als er am 10. August der polnischen Regierung rief, diese Bedingungen anzunehmen und als er gleichzeitig erklärte, daß England nicht einwilligen würde, an der Seite Polens in den Krieg einzutreten.
Dem englischen Premierminister nicht Konten vor, daß Kommunikation von Zuzern veröffentlicht zu haben, ohne vorher die Verantwortlichkeit der Tatsachen zu prüfen, auf die sich dieses Kommuniqué stützt. Er betrachtet diese Veröffentlichung als eine Verletzung der Autorsität der russischen Mission in London.

Englische Warnung an Polen

Eigene Drahtmeldung
London, 25. August. Das englische Auswärtige Amt gab heute bekannt, die englische Regierung habe sich nicht nur America die Polen vor einem zu weichen Vordringen auf russisches Gebiet gewarnt, falls nicht unbedingte militärische Notwendigkeit vorliegt.

Der verhinderte Waffentransport

Eigene Drahtmeldung
Berlin, 26. August. Entgegen dem Abkommen, das zwischen Vertretern der Arbeiter und der Regierung über die Beförderung des Waffentransports für die Sicherheitspolizei in Königsberg zustande kam, ist der Eisenbahngang nach im Reichsbild von Berlin abwärts aufgehalten worden. Auf Grund der Vereinfachung war gestern der auf dem Stralauer Bahnhof angehaltene Transport zum Teil abgehoben worden. Er kam aber nur bis Panitzsch, dort ist er während der Nacht von Arbeitern wieder angehalten worden. Die Weichsel wurde mit Gewalt verhindert und der Zug liegt noch in Panitzsch.
(Siehe auch Seite 3)

* Auch Kampfmeyer vertritt in seiner Broschüre: Wohnungsbau und Heimstättenrecht, O. Braunische Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe, die Anschaffung, daß die alten Wohnungen mit den für die neuen Wohnungen entfallenden Reichsteuern bedacht werden müßten.